

Christine Buchholz/Anne Karrass/Oliver Nachtwey/Ingo Schmidt (Hg.)

Unsere Welt ist keine Ware

Handbuch für Globalisierungskritiker

KiWi 715, € 9,90, ISBN 3-462-03164-3

Inhalt

Die Bewegung – gestern und heute

Die Renaissance der Straße

Christine Buchholz, Anne Karrass, Oliver Nachtwey, Ingo Schmidt

Die globalisierte Revolte

Oliver Nachtwey

Chronologie der globalisierungskritischen Bewegung

Globalisierung – hinter den Kulissen

Die Globalisierung der Konzerne

Susan George

Globalisierte Finanzmärkte

Jörg Huffschmid

GATS und der „Markt“ für Dienstleistungen

Markus Krajewski

Brot, Land und Freiheit! – Über den Hunger in der Welt

Stefan Ofteringer

Globalisierung und Privatisierung

Winfried Wolf

The world united – workers divided?

Ingo Schmidt

Leben in einer globalisierten Welt

Globalisierung ist gesundheits-schädlich

Jutta Sundermann

Schulden

Ann Pettifor

Frauen

Carolyn Egan und Michelle Robidoux

Kommt zusammen, was zusammengehört? Die Anti-Atom- und globalisierungskritische Bewegung

Wolfgang Ehmke

Climate Talks – Money Talks

Till Winkelmann

Globalisierung, ostdeutsch

Hans-Jochen Vogel

Die Privatisierung des Terrors

Raul Zelik

Das Weltbild der Globalisierung

Wissenschafts- und ideologiepolitische Bollwerke -

Die internationale Mont Pèlerin Society und Think Tank Bewegung für eine neoliberale kapitalistische Globalisierung

Dieter Plehwe, Bernhard Walpen

Neoliberale Globalisierung und die extreme Rechte

Christian Christen

Die Akteure der Globalisierung

Globalisierung von Oben

Globalisierung von Unten – Attac

Oliver Moldenhauer

Glossar globalisierungskritischer Gruppen, Netzwerke, Institutionen und Zeitschriften

Globalisierung – Alternativen und Perspektiven

Die Tobin-Steuer und die Regulierung der Finanzmärkte

Peter Waldow

Politik oder Wirtschaft – unter welchem Primat wollen wir leben?

Anne Karras und Michael Ney

Organize! Gewerkschaften in der Globalisierung

Margret Mönig-Raane

Priorität Wettbewerbsfähigkeit? - Eine Bilanz des Bündnisses für Arbeit

Forum Gewerkschaften

Eine gerechte Welt ist möglich - jenseits des Kapitalismus

Christine Buchholz

Die Rückforderung des Gemeinguts

Naomi Klein

Globalisierung im Krieg

Kriegsführung auf amerikanische Art

Walden Bello

Eine Welt ohne Krieg

Noam Chomsky

Die globalisierte Revolte

Oliver Nachtwey

Das Ende vom Ende der Geschichte

Geschichte wurde gemacht. Es waren fünf Tage, die die Welt veränderten. Seattle gilt seit den Protesten gegen die Welthandelsorganisation im November 1999 nicht mehr als Hauptstadt des digitalen Kapitalismus und Heimat von Microsoft, sondern steht für die Geburtsstunde der globalisierungskritischen Bewegung.

Nach der Implosion des Ostblocks 1989-91 schwärmten die Regierungs- und Konzernchefs der Welt von der Überlegenheit des Kapitalismus und der westlichen Demokratie. Sie verkündeten die frohe Botschaft eines neuen Zeitalters geprägt von Wohlstand, Frieden und universellen Menschenrechten. Der amerikanische Intellektuelle und Berater der Regierung, Francis Fukuyama, betätigte sich als Evangelist des 20. Jahrhunderts und rief das ‚Ende der Geschichte‘ aus. Der Kapitalismus sei jetzt alternativlos.

Mehr als ein Jahrzehnt später hat sich eine weltweite Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung entwickelt, die das Profite-über-alles-Primat unseres Wirtschaftssystems in Frage stellt. Diese Bewegung glaubt daran, dass eine andere Welt möglich ist. Seattle war der Anfang des Endes vom Ende der Geschichte. Viele kleine und große Kämpfe sind vorausgegangen.

Die neoliberale Eroberung

Nach dem weltweit einmaligen Wirtschaftswachstum in den 50er und 60er Jahren, dem „Goldene Zeitalter“ des Kapitalismus, etablierten sich die Ideen des Ökonomen John Maynard Keynes als vorherrschende wirtschaftspolitische Doktrin. Seine Anhänger, vor allem in der Sozialdemokratie, bevorzugten die Regulierung der Konjunktur durch den Staat und wollten den Sozialstaat mittels eines ausgebauten Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystems zu einem Instrument der gerechten Umverteilung machen. Als Mitte der 70er Jahre die Weltwirtschaft in die Rezession rutschte, Arbeitslosigkeit und Inflation stiegen, blieben die keynesianischen Instrumente wirkungslos. Die Konzernchefs machten sich auf die Suche nach neuen Profitquellen. Der Boden für den Siegeszug des Neoliberalismus war bereitet.¹

Innerhalb kürzester Zeit konvertierten zahlreiche Politiker, Wirtschaftswissenschaftler und Journalisten zum Neoliberalismus und seinen Spielarten Monetarismus und Angebotspolitik. Bisher isolierte Propheten des totalen Marktes, Friedrich August von Hayek und Milton Friedman, bestimmten von nun an die wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Doch bevor Thatcher, Reagan und Kohl an die Macht kamen, musste die Sozialdemokratie scheitern.

Schon 1959 hatte die SPD auf dem Parteitag von Bad Godesberg das Marktprinzip grundsätzlich akzeptiert. Die Formel „Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig!“ verdeutlichte die begonnene Transformation der einst „marxistisch“ geprägten Partei. 1978 griff die Regierung Schmidt noch einmal tief in die keynesianische Instrumentenkiste und wollte die Konjunktur über die „Zentralen Investitionsprogramme“ (ZIP), die 1 % des Bruttosozialprodukts betrug, nachfrageseitig ankurbeln. Eine neue interna-

tionale Krise 1980-81 führte zu einem Konjunkturreinbruch und zerrieb die letzte Hoffnung auf die Wirkung keynesianischer Politik. Inmitten von Wirtschaftskrise und erhöhtem internationalem Wettbewerbsdruck sah die Regierung nur eine Lösung: noch mehr Markt und Abschied vom Anspruch sozialer Gerechtigkeit. In der Folge wurde ein Sparprogramm nach dem anderen aufgelegt.

In Großbritannien wies der IWF 1976 die Labour-Regierung von James Callaghan an, Ausgabenkürzungen von etwa 16 Mrd. Euro im Sozialetat durchzuführen.²

Thatcher und Kohl usurpierten den "Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz" von Schmidt und Callaghan. TINA ("There's no alternative"), das berühmte Credo von Margret Thatcher, avancierte in den Folgejahren der "konservativen Revolution" zur Politikmaxime. Der Wohlfahrtsstaat wurde dereguliert, privatisiert und liberalisiert. Jeder Winkel der Gesellschaft, so die Argumentation der harten Neoliberalen, könne besser durch Marktkräfte organisiert werden. Thatcher sagte einmal in einer Rede: "Es ist unsere Aufgabe, die Ungleichheit zu preisen und dafür zu sorgen, dass zu unser aller Vorteil dem Talent und dem Können freier Lauf und Entfaltungsmöglichkeit gelassen wird."

Vor diesem Hintergrund versiegten die gewerkschaftlichen Kämpfe, die 68er-Bewegung verlor an Kraft und den sozialen Bewegungen der 80er Jahre kam der gemeinsame Kontext abhanden. Sie konzentrierten sich nur noch auf einzelne Fragen. Die Friedens-, Anti-Atom-, Frauen- und Ökologie-Bewegung endeten als - oft isolierte - "Ein-Punkt-Bewegungen". Die zahlreichen NGO's, die in dieser Periode entstanden, wollten die Gesellschaft nicht mehr von unten verändern, sondern konzentrierten sich auf "Politikberatung" und Öffentlichkeitsarbeit. Die 80er Jahre wurden das dunkle Jahrzehnt für viele Aktivistinnen und Gewerkschafter.

Licht am Ende des Tunnels

Der *totale* Anspruch des Neoliberalismus auf alle Aspekte des Lebens und sein "Erfolg" wurde zur Geburtshelferin seines Gegners. Die umfassenden Attacken des *praktischen* Neoliberalismus auf den Sozialstaat und die Lebensbedingungen der Menschen führten zu einer sozialen Gegenwehr, die über die konkreten Angriffe hinausging und den ideologischen Ursprung thematisierte. Vormalig zersplitterte Gruppen und Bewegungen begannen, die Zusammenhänge wieder zu sehen und leiteten damit einen Prozess ein, bei dem die Fragmentierung der sozialen Bewegungen und der Arbeiterbewegung (teilweise) aufgehoben wurde. Hinter den verschiedenen Anliegen gerann die Erkenntnis, dass die Zerstörung der Umwelt, die steigende Armut und die Ausbeutung der Dritten Welt eine gemeinsame Ursache hatte: die neoliberale Globalisierung.

Mitte der 90er Jahre drückte sich eine Linksverschiebung im Bewusstsein der Bevölkerung vielfach in der Wahl sozialdemokratischer oder linksliberaler Regierungen aus, aber wie Naomi Klein es ausdrückt, "nur um festzustellen, dass sich die Politik danach nicht änderte oder sogar noch direkter den Launen der multinationalen Konzerne entsprach." Es war der versperrte Weg einer Politikänderung durch die Parlamente, der der Bewegung - mit einiger Verzögerung - weiteren Zulauf brachte.

Die ersten Aufstände gegen den Neoliberalismus

Am Neujahrstag 1994 wollten die Präsidenten der USA und Mexikos sowie der Premierminister von Kanada die Gründung der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) feiern. Doch die Weltöffentlichkeit nahm kaum Notiz von diesem Ereignis. In den frühen Morgenstunden desselben Tages besetzte die EZLN, die Zapatistische Armee der nationalen Befreiung, die Stadt San Cristóbal in der mexikanischen Provinz Chiapas.

Die Zapatisten kämpfen für die Rechte der indigenen Bevölkerung, für bessere Lebensbedingungen und für Demokratie. Die Armut in Chiapas, erklärte der charismatische Subcomandante Marcos, sei "eine Folge des weltweiten Manchesterkapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts" der sich "Neoliberalismus" nennt. Damit erkannte er als einer der ersten den Neoliberalismus als Ursache für die weltweite Armut.

Gegen den Aufstand schlug der mexikanische Staat brutal zurück. Die Armee bombardierte besetzte Dörfer und richtete Hunderte von Chiapaneken hin. Die Zapatisten holten sich Hilfe: nationale und internationale Solidarität. Sie reisten durch das ganze Land, befragten die Bevölkerung und organisierten Demonstrationen. Während der Staat einen "Krieg geringer Intensität" führte, veranstalteten die Zapatisten 1996 ein "Interkontinentales Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft". Über 3000 Teilnehmer aus 54 Ländern kamen.

Kaum eine andere politische Bewegung jener Zeit faszinierte so wie die der Zapatisten. In den Bergen Mexikos nutzten sie die Möglichkeiten des Internets, um auf der ganzen Welt ihre Communiqués zu verbreiten. Ihre Sprache ist voller Poesie und Romantik. Sie betonen ihre demokratischen und hierarchiearmen Strukturen. Nicht zuletzt deshalb ist ihr bekanntester Repräsentant auch nur ein maskierter Subcomandante. Im Gegensatz zu den anderen Guerillabewegungen wollen sie nicht die Macht im Staat erreichen, nur Gerechtigkeit - ein bewaffneter Reformismus.

Doch die Erfolgsaussichten der zapatistischen Bewegung erscheinen auch nach ihrem Marsch nach Mexiko-City 2001 als ungewiss. Allerdings gilt unabhängig von einer möglichen Niederlage: Ihr Aufstand war das erste Fanal der entstehenden Bewegung und hat zahlreiche AktivistInnen beeinflusst.

Die Erhebung in Mexiko ereignete sich in einem Schwellenland. Seine Protagonisten waren die indigene Minderheit der Bevölkerung, die von ihren spezifischen Verhältnissen auf einen globalen Missstand schlossen. Der zweite Aufstand gegen den Neoliberalismus erschütterte ein westliches Industrieland – Frankreich – und ereignete sich im Kern der bürgerlichen Gesellschaft, im öffentlichen Dienst.

Frankreich wurde im Dezember 1995 von einer Streikwelle erschüttert – die größte seit einem Vierteljahrhundert. Etwa zwei Millionen Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes streikten mehr als drei Wochen.

Der damalige konservative Ministerpräsident Juppé wollte – selbstbewusst durch eine deutliche Überlegenheit seiner Partei im Parlament – jene "Reformen" durchführen, die sich seine Vorgänger "seit 30 Jahren" nicht getraut hätten. Die Lebensarbeitszeit sollte erhöht werden, die Kosten für die Gesundheitsvorsorge steigen und die Steuerbelastung zunehmen. Es waren neoliberale Maßnahmen, die vor allem den öffentlichen Dienst betrafen.³ Sie gipfelten im Einfrieren der Löhne im öffentlichen Dienst und dem Vorhaben, zahlreiche staatliche Industrien zu privatisieren.

Juppé wollte aufs Ganze gehen und nicht nach der klassischen Salami-Taktik handeln. Es sollte ein allgemeiner Angriff werden. Er erfuhr eine allgemeine Gegenwehr. Schon am ersten Protesttag beteiligten sich landesweit über eine halbe Millionen Menschen an den Demonstrationen. Es war kein Strohfeuer. Die Streiks der Eisenbahn- und Transportarbeiter griffen auf die Sortierzentren der Post über, die in der Nähe der Bahnhöfe lagen. Es folgten die Beschäftigten der Telefon-, Elektrizitäts- und Gas-Betriebe sowie zahlreiche Lehrer, und auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung demonstrierten über zwei Millionen Menschen im ganzen Land.

Auch der berühmte Soziologe Pierre Bourdieu sprach neben Gewerkschaftern am Bahnhof Gare de Lyon zu den Streikenden: “Ich bin heute hier, um all jenen unsere Unterstützung auszusprechen, die seit drei Wochen gegen die Zerstörung einer Zivilisation kämpfen (...)” Bourdieu wurde zur Symbolfigur eines neuen, engagierten Intellektuellen, der es sich zur Aufgabe macht, gegen das “Elend der Welt”, so der Titel eines seiner Bücher, anzukämpfen.

Der Protest führte schließlich dazu, dass Juppé seine Pläne zurückziehen musste. Obwohl der Begriff des Neoliberalismus deutlich weniger bekannt war, lassen sich die Klassenkämpfe von 1995 als ersten Aufstand gegen ihn in einem westlichen Land bezeichnen. Seitdem ist die Welle von Streikbewegungen und globalisierungskritischen Aktivitäten bis hin zur Gründung von Attac nicht mehr abgerissen.

Der Weg nach Seattle⁴

Der Aufstand der Zapatistas und die Massenstreiks in Frankreich symbolisieren jene Elemente der globalisierungskritischen Bewegung, die später in Seattle zusammengekommen sind: soziale Bewegung⁵ und organisierte Arbeiterschaft. Diese Ereignisse waren aber bei weitem nicht die einzigen, bei denen die Forderung “Menschen vor Profite” in praktische Gegenwehr umgesetzt wurde. Viele andere Politikfelder wurden besetzt.

In den 90er Jahren gab es eine Vielzahl von Kampagnen gegen genetisch veränderte Lebensmittel. Konzerne verändern nicht nur unser Essen, sondern sie zerstören auch traditionelle Agrarwirtschaften. Die indische Aktivistin Vandana Shiva nennt diesen Prozess “Biokolonialismus”. 200.000 Bauern haben 1993 in Indien gegen den Einfluss der multinationalen Konzerne auf die Landwirtschaft protestiert. Mittlerweile hat sich eine weltweite Allianz von kritischen Bauern gebildet, die Via Campesina. Für Aufsehen sorgte vor allem der militante französische Bauer José Bové. Nachdem er ein McDonald’s zertrümmert hatte, wurde sein Prozess von einem Solidaritätsfest begleitet, zu dem 60.000 Menschen in die französische Stadt Millau kamen.

Eine wichtige Etappe war auch die erfolgreiche Kampagne gegen das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI). Das MAI war 1995 von der OECD geheim entwickelt worden und sollte die Kompetenzen gewählter Regierungen gegenüber multinationalen Konzernen vehement einschränken. Nachdem das bis dato geheime Dokument ins Internet gelangte, entwickelte sich eine wütende internationale Protestbewegung. Sie war in Frankreich so heftig, dass die französische Regierung sich gezwungen sah, ihre Zustimmung 1998 zurückzuziehen, was das Ende des MAI bedeutete.

Die amerikanische Wirtschaft boomte in den 90er Jahren. Der Hype der New Economy und die aufgeblähten Börsennotierungen ließen die Befürworter des Marktes ein neues

Zeitalter unbegrenzten Wachstums ausrufen, mit dem Credo, dass Wachstum gut für die Armen sei. Die Realität war anders. Reich wurden die Soft- und Hardwareunternehmer des Silicon Valley. Für die meisten Amerikaner fiel der Reallohn⁶. Der hochgejubelte flexible Arbeitsmarkt Amerikas ging einher mit dem Verlust an Sicherheit und presste viele Menschen in McJobs. Und nicht wenige brauchen 2-3 dieser Jobs, um zurecht zukommen - working poor.

Die Stimmung in Teilen Amerikas kippte. Sowohl die dramatisch verschlechterten eigenen Lebensverhältnisse als auch die brutalen Arbeitsbedingungen in den Ländern der Dritten Welt katalysierten den Widerstand. Waren es doch dieselben Konzerne, die mit ihrem Firmen-Logo Universitäten und Schulen zupflasterten, die auch durch die Sweatshops in den Entwicklungsländern maximale Profite erwirtschafteten. Firmen wie Nike oder Disney ließen ihre Arbeiter in Indonesien oder anderen Diktaturen unter den Bedingungen der Lohnsklaven des 19. Jahrhunderts in schwerbewachten Fabriken arbeiten. Die zumeist jungen Arbeiterinnen verdienten so wenig, dass sie sich zu zehnt ein Zimmer teilen mussten, wo nicht mal für jede ein Bett vorhanden war. Zur Schichtarbeit kam nachts das Schichtschlafen. Es entstand die Anti-Sweatshop-Bewegung, die zum größten Grad an Aktivismus bei amerikanischen Studenten seit mehr als zwei Jahrzehnten führte.

Inmitten des Booms, als die Profite und die Gehälter der Manager sprudelten, erfuhr die amerikanische Arbeiterbewegung eine spektakuläre Wiederbelebung. Bei dem Paketzusteller UPS, einem der Vorzeigebetriebe der New Economy mit seinen flexiblen Arbeitsverhältnissen, streikten 1997 Festangestellte und Teilzeitbeschäftigte gemeinsam. Nach harten Auseinandersetzungen musste die Unternehmensleitung nachgeben und 10.000 prekäre Jobs in volle Stellen umwandeln und Lohnerhöhungen von 35 % hinnehmen. Große Teile der Bevölkerung sympathisierten, für Amerika untypisch, mit dem Streik. Wie UPS Vize-Präsident John W. Alden zugeben musste: "Wenn ich gewusst hätte, dass wir nicht nur für UPS, sondern für Teilzeit-Amerika verhandeln würden, wären wir die Sache anders angegangen." Die nächsten Jahre markierten ein Revival von gewerkschaftlicher Aktivität in den USA. Dem erfolgreichen Arbeitskampf bei UPS folgten Auseinandersetzungen bei klassischen Konzernen der Old Economy wie General Motors oder Boeing, aber auch bei den Stars am Himmel der New Economy wie Verizon.

"Teamsters and Turtles....Together At Last!"

Diese Aufschrift eines Schildes auf der Demonstration in Seattle symbolisiert den Charakter der Bewegung. Der amerikanische Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO hatte 35.000 Arbeiter mobilisiert. Die Schildkröten sind das Sinnbild der Umweltschützer bei ihrem Protest gegen den Angriff der WTO auf Umweltrechte.

"Möchtet ihr heute irgendwo anders sein als hier, bei der ‚Battle of Seattle‘? Wir sind gekommen, um dieses verrückte Handelssystem zu stoppen. Heute werden wir in die Geschichtsbücher einmarschieren." In dieser Rede war sich nicht nur der Vorsitzende der Teamsters, der Transportarbeitergewerkschaft, des historischen Augenblicks bewusst; monatelang, teilweise schon jahrelang, hatten sich die unzähligen Gruppen, Organisationen und Allianzen auf diesen Tag vorbereitet. Durch direkte Aktionen und zivilen Ungehorsam konnten die DemonstrantInnen schon am ersten Tag die Eröffnungszeremonie verhindern. Die Delegierten waren in ihren Hotels gefangen als Tausende von Menschen die Straßen

blockierten. Bill Clinton konnte am Mittwochabend nicht zu den Delegierten sprechen und am Ende wurde die Konferenz ergebnislos abgebrochen. Man war sich einig: Die Globalisierungskritiker hatten die erste Runde gewonnen.

Ein Element, das die Bewegung in der Zukunft immer wieder heimsuchen sollte, wurde auch hier deutlich: Polizeibrutalität. In Robocop-Uniformen tauchten die Polizisten die Stadt in ein Meer von Tränengas, schlugen mit speziellen Knüppeln auf Hunderte von DemonstrantInnen ein und schossen mit Gummimunition. Seit dem zweiten Tag war Seattle im Ausnahmezustand.

UmweltschützerInnen, Dritte-Welt-AktivistInnen, GewerkschafterInnen, AnarchistInnen, SozialistInnen, ChristInnen und viele andere wollten gemeinsam die WTO blockieren. Doch die Gewerkschaftsbosse des AFL-CIO hatten die Route ihrer Demonstration geändert. Für einen Sitz am grünen Tisch der WTO würden sie ihre Großdemonstration umleiten auf eine Route, die nicht am Convention-Center vorbei führte. Es waren aber die eigenen Leute, die ihnen einen Strich durch die Rechnung machen sollten.

Die Direct-Action Leute, in einen Bürgerkrieg mit den Robocops verwickelt, warteten vergeblich auf das Eintreffen der Großdemo. Doch die Nachricht von den Auseinandersetzungen verbreitete sich in der Gewerkschaftsdemo wie ein Lauffeuer. Es begann eine laute Debatte: "Wir gehen zur Konferenz, das hier ist kein ernst zu nehmender Protest", schrie ein Kranführer. "Ich gehe diesen ‚Turtle Kids‘ helfen", meinte ein anderer.

Ein Teil der Gewerkschafter spaltete sich von der Hauptdemonstration ab und marschierte zum Convention-Center. Wie eine Augenzeugin berichtete: "Die Demonstranten in der gasschwadenverhangenen Innenstadt hörten den Zug kommen. Dann, in einem spannungsvollen Moment, trafen sich beide Gruppen. ‚Einheit!‘ schrien die Gewerkschafter. ‚Power!‘ antworteten die Studenten und Jugendlichen. ‚Solidarität! Solidarität!‘ riefen beide zusammen. Im Zentrum von Seattle, zwischen den Türmen der Macht der großen Konzerne, standen Männer mit Cowboyhüten und schwarz verummte 16-Jährige. Da waren Boeing-Arbeiter und Studenten mit Schildern, auf denen stand: Wir müssen weniger konsumieren. Da waren Postarbeiter und Leute mit Blumen in den Haaren."

Der Widerspruch zwischen denjenigen, die für weniger Konsum plädierten, und den klassischen Forderungen nach höheren Löhnen trat bei der gemeinsamen Aktion in den Hintergrund.⁷

Was hier zufällig und spontan erscheint, hatte schon im Vorfeld einen organisierten Ausdruck bekommen. Bei den direkten Aktionen spielte die ‚Alliance for Sustainable Jobs and the Environment‘ eine Schlüsselrolle. Die Alliance ist ein Bündnis von radikalen Umweltschützern und Stahlarbeitern, deren Wurzeln im gemeinsamen Kampf gegen den Industriemagnaten Charles Hurwitz liegen. Er kontrolliert jene Konzerne, die sowohl für die Abholzung der kalifornischen Reedwood-Wälder als auch der Aussperrung von mehreren tausend Stahlarbeitern verantwortlich sind.

Die Alliance - und nicht nur sie - hat aus ihrer konkreten Situation heraus einen allgemeinen Schluß gezogen: Es sind dieselben Konzerne, die die Umwelt gnadenlos zerstören *und* die Lebensbedingungen von Arbeitnehmern angreifen.

Die Globalisierung des Protests

Seattle war erst der Anfang. Keine internationale Konferenz der G8, der Institutionen des Neoliberalismus, IWF, WTO und Weltbank oder der regionalen Handelsblöcke wie EU oder der NAFTA, blieb seitdem von Protesten verschont.

In Genua erlebte Europa sein Seattle. Ein Bündnis aus über 700 verschiedenen Gruppen hatte sich 2001 im Genua Social Forum (GSF) zusammengefunden. Während die Regierungschefs G8 in der sogenannten Roten Zone hermetisch abgeriegelt vom Rest der Welt tagten, diskutierte die Bewegung auf Hunderten von Veranstaltungen mit Rednern aus aller Welt über die Perspektiven einer anderen Welt. Das Selbstbewusstsein war hoch: "Ihr seid 8, wir 6 Milliarden".

Schon im Vorfeld hatte die Regierung Berlusconi, an der auch die "Post-Faschisten" beteiligt sind, alles getan, um die Globalisierungskritiker als randalierende Chaoten darzustellen. Im für Waren grenzenlosen Europa wurden Tausende von AktivistInnen an den Grenzen festgehalten, die Innenstadt von Genua glich einer Festung. Am ersten Tag der direkten Aktionen griff die Polizei mit umbarmherziger Härte durch, am zweiten Tag tötete ein Polizist den 23-Jährigen Carlo Guilliani. Einen weiteren Tag später stürmten Polizisten eine Schule, in der AktivistInnen übernachteten, überraschten sie im Schlaf und knüppelten mehrere Personen, viele noch Schüler, blutig und bewusstlos. Die Medien und Politiker warfen der Bewegung und insbesondere dem sogenannten "schwarzen Block" vor, die eigentlichen Urheber der Gewalt zu sein. Im Nachhinein wurde öffentlich bekannt, dass italienische und britische Neonazis – von der Polizei geduldet – sich unter die DemonstrantInnen gemischt hatten und als Provokateure eingesetzt wurden.

Die Repression des Staates konnte die Bewegung nicht spalten. Mit 100.000 TeilnehmerInnen hatte man gerechnet. 300.000 kamen zur Großdemonstration, die Genueser Bevölkerung reichte bei sengender Hitze Wasser, versorgte Hungrige mit Essen, winkte von den Balkonen dem kilometerlangem Zug und ließ Blumen regnen.

Nach Seattle und Genua zeigten fast alle Umfragen die Sympathie weiter Teile der Bevölkerungen für die Anliegen der Bewegungen. Umgekehrt wurden IWF, WTO und Weltbank in die größte Legitimitätskrise ihrer Geschichte gestürzt. Undemokratisch und kaum transparent sind sie die Symbole für die Globalisierung von oben, gegen die sich eine Bewegung von unten nun stellt. Die Bewegung ist so ‚transnational wie das Kapital‘.

Eine Konsequenz: Die letzte Tagung der WTO fand in der bizarren Wüstendiktatur Katar statt, zum nächsten G8-Gipfel wollen sich die Regierungschefs in der Abgeschiedenheit der Rocky Mountains treffen.

Aufbruch in der Welt

Trotz des bisher ungebrochenen Aufstiegs der Bewegung ist es in den westlichen Staaten immer noch bloß eine Minderheit der Bevölkerung, die in die Bewegung involviert ist. In Südamerika, Afrika oder Asien, dort wo die eiserne Ferse des IWF die Lebensgrundlage der Einwohner und die staatlichen Sozialsysteme zerquetscht, stehen Massenerhebungen wieder auf der Tagesordnung.

General- oder Massenstreiks fanden in den letzten Jahren - von den Mainstream-Medien kaum wahrgenommen - in Kolumbien, Ecuador, Bolivien, Honduras, Nigeria, Benin, über den indischen Subkontinent und in China statt.⁸

Als Bolivien im Januar 2000 durch Strukturanpassungsprogramme (SAP) gezwungen wurde, die Wasserversorgung zu privatisieren, war ein Großteil der Bevölkerung, die häufig nur mit weniger als 100 US-\$ pro Monat auskommen müssen, mit einer Preiserhöhung von 20 US-\$ konfrontiert.

Die Bolivianer gingen auf die Straße, blockierte die Kreuzungen, marschierten auf Regierungsgebäude zu, umzingelten und besetzten Konzernzentralen und Universitätsgelände und forderten die Rücknahme der Privatisierungspläne.

Der Staat antwortete mit heftigen Repressionen und verwundete und tötete mehrere DemonstrantInnen. Im April 2000 musste die Regierung aber dem Druck nachgeben, und gab bekannt, dass sie der transnationalen Bechtel Corp. die Rechte der Wasserversorgung entzieht. Oscar Oliviera, der Führer des Protestes, sagte anschließend: "Zum ersten Mal in der Geschichte Boliviens haben wir der Regierung unser ‚Nein‘ mitgeteilt und haben sie gezwungen, ihre destruktiven Privatisierungspläne zurückzunehmen."

Nicht alle dieser Bewegungen sehen sich subjektiv als Teil der globalisierungskritischen Bewegung. Dennoch gehören sie zu einer weltweiten Aufruhr. Und erste Schritte zu einer Vernetzung beider Kämpfe finden verstärkt statt, zuletzt auf dem ersten Sozial-Forum im Nahen Osten in Beirut.

Der erste Aufstand im 21. Jahrhundert

Die Ursachen für die Massenrevolte in Argentinien liegen in den "Reformen" des IWF.⁹ Schon seit 1999 hat es eine Reihe von eintägigen Generalstreiks und Besetzungen gegeben, die jetzt in einem spontanen Aufstand mündeten.

Argentinien ist kein Dritte-Welt-Land, es galt lange Zeit als "Kornkammer der Welt". Obgleich wohlhabend, ist es ein Land der sozialen Widersprüche. Wie der Schriftsteller Mempo Giardinelli in der *Süddeutschen Zeitung* schreibt: "Einmal ist da die Verantwortungslosigkeit der herrschenden Klasse, der nicht mehr als zehn- bis zwanzigtausend Menschen angehören. Diese Klasse häuft einen enormen Reichtum an und verfügt über einen enorm hohen Prozentsatz des Brutto-Inlands-Produkts, das bei fast 9000 US-\$ pro Kopf liegt. Was jedoch einer Täuschung gleichkommt (...): Weniger als 10 % der Bevölkerung besitzt 80 % des Reichtums." Derzeit gibt es in Argentinien fast 14 Millionen Arme (etwas 40 % der Bevölkerung), von den die Hälfte weniger als 60 US-\$ im Monat zum Leben hat. Kurz vor Weihnachten, am 19. Dezember 2001, begannen die Plünderungen. Präsident De la Rúa rief den Ausnahmezustand aus; er ahnte nicht, dass ihn die Argentinier direkt beim Wort nehmen sollten. In den verschiedenen Stadtteilen von Buenos Aires ertönte ein metallisches Konzert der Empörung – das *cacerolazo*. Die Menschen zogen auf die Straße und hatten wie in der letzten Phase der Militärdiktatur ihre Kochtöpfe herausgeholt. Innerhalb weniger Stunden strömten sie in eine großen Demonstration in der Innenstadt zusammen. Friedlich und fröhlich ging es zu, vor allem nachdem der Rücktritt des verhassten Wirtschaftsministers Cavallo bekannt wurde. Für einen kurzen Augenblick hatten die Argentinier ihre Macht gespürt. In der Nacht griff die Bereitschaftspolizei die Demonstration mit Tränengas an. Jetzt war das eingetreten, was De la Rúa verhindern wollte: das Land

war im Ausnahmezustand – auf der Flucht vor der Polizei zerstörten viele Demonstranten McDonald's Filialen, Fensterscheiben von Banken, Telefonzellen.

Die Argentinier blieben auch am nächsten Tag auf der Straße. Die Kämpfe mit der Polizei eskalierten, sie setzte neben Gummimunition jetzt auch scharfe Geschosse ein und tötete insgesamt 28 Menschen. De la Rúa musste noch am gleichen Tag zurücktreten.

Daraufhin schrieb die spanische Tageszeitung *El País*: "Es ist auch eine Niederlage für die größten Kapitalisten im Land, für die neoliberale Politik, die alle Regierungen der letzten zehn Jahre verfolgt haben, und für den IWF, der dabei geholfen hat."

Es war der Beginn eines wahren Volksaufstandes. Es waren nicht nur die aufgrund der Wirtschaftskrise und Bankensperre verarmten Mittelschichten, sondern auch die *piqueteros* - die organisierten Arbeitslosen -, Renterinnen, später auch die Bewohner der Arbeiterviertel und Studenten, die die Proteste trugen. Nach De la Rúa wurden noch drei weitere Präsidenten innerhalb kürzester Zeit verschlissen. Erst mit der Ernennung von Eduard Duhalde am 1. Januar 2002 ist eine scheinbare Ruhe eingeleitet. Die Bewegung hat währenddessen begonnen, sich in Nachbarschaftskomitees oder Volksversammlungen zu organisieren. In den Stadtvierteln diskutieren sie darüber, wie sie selbst gegen die drängenden Probleme Arbeitslosigkeit, Hunger, den nahen Zusammenbruch des Gesundheitssystems und die steigenden Preise vorgehen können.¹⁰ Gemeinsame Forderungen sind die Verstaatlichung der Banken, die Rücknahme der Privatisierungen und die Aussetzung der Schuldentilgungen. Im März hat bereits die erste landesweite Konferenz der Volksversammlungen stattgefunden. Nach Umfragen sind 30 % der Bevölkerung aktiv an der Revolte beteiligt und 90 % sympathisieren mit ihr. Hier ist ein scharfer Kontrast zur Bewegung in der westlichen Welt: es ist keine Minderheit, die auf der Straße ist, sondern die bisher umfassendste Bewegung gegen den Neoliberalismus.

Globale Opposition

Die Vorzeichen der Bewegung haben sich verändert. Anfangs einte sie die reine Ablehnung einer "von den Fesseln befreiten Ökonomie" (Pierre Bourdieu) und forderte "Menschen vor Profite". Sie bietet aber auch eine neue Heimat für all jene, deren politische Wurzeln in den reformistischen Parteien liegen, die in den 90er Jahren einen substantiellen Mitgliederschwund zu verzeichnen hatten.

Seit dem ersten Weltsozialforum 2001 in Porto Alegre mit 12.000 AktivistInnen und dem diesjährigem Forum mit über 60.000 TeilnehmerInnen zeichnet sich die Bildung einer globalen Opposition ab, die über Alternativen zum derzeitigen globalen Kapitalismus diskutiert. Das neoliberale TINA-Denken hat seine Antithese in der Bewegung gefunden: "Eine andere Welt ist möglich!" Viele Fragen sind aber noch offen – auch unmittelbare.

Nach den Ereignissen des 11. Septembers ist die Bewegung nicht in der Bedeutungslosigkeit verschwunden, wie es häufig prognostiziert wurde. Doch stellt der "Krieg im Namen der Zivilisation" eine große Herausforderung für die Bewegung dar. Denn es ist noch nicht entschieden, ob sie ihn als barbarischstes Ergebnis der neoliberalen Globalisierung sieht und ihn genauso bekämpfen wird. Jede Bewegung kommt an den Punkt, an dem sie ihre Grundsätze klären muss, er rückt auch für diese näher.

Oliver Nachtwey, Jg. 75, schreibt gerade seine Diplomarbeit in Volkswirtschaftslehre über Marx und Globalisierung und ist Mitglied der Linksruck-Bundesleitung. nachtwey@linksruck.de.

Literatur:

Bircham, E. und J. Charlton (2001), *Anti-Capitalism – A Guide to the Movement*, London
Cockburn, A. und J. St. Clair, A. Secula (2000), *Five Days That Shook the world*, London
Danaher, K. und R. Burbach (Hg.) (2000), *Globalize This!*, Monroe/Main
Klein, N. (2001), *No Logo*, München
Mies, M. (2001), *Globalisierung von unten*, Hamburg
Thomas, J. (2000), *The Battle in Seattle*, Golden Colorado

Attac Deutschland (Hg.) (2002), *Eine andere Welt ist möglich*, Hamburg
Becher, J. und T. Costello, B. Smith (2000), *Globalisation from below*, Cambridge Mass.
Bourdieu, P. (1998), *Gegenfeuer – Wortmeldungen im Dienste gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz
Callinicos, A. (2001), *Against the Third Way*, Cambridge
Harman, Ch. (2001), *Antikapitalismus – Theorie und Praxis*, Frankfurt a.M.
Mander, J. und E. Goldsmith (2002), *Schwarzbuch Globalisierung*, München
Panitch, L. und C. Ley (2001), *Socialist Register 2002*, Toronto
Schmidt, G. (1996), *Der Indio-Aufstand in Chiapas*, München

¹ Eine kleine Geschichte des Neoliberalismus hat Susan George verfasst. In Maria Mies' Buch "Globalisierung von unten" ist eine gekürzte Fassung abgedruckt, die (englische) Langfassung findet sich im Internet unter www.tni.org/george; eine kritische Diskussion findet sich in Harman: "Antikapitalismus: Theorie und Praxis".

² Interessanterweise betraf eines der ersten Strukturanpassungsprogramme des IWF ein westliches Industrieland.

³ Normalerweise verlangt der Neoliberalismus Steuersenkungen. Diese finden in der Praxis vor allem für die Unternehmen und die oberen Einkommensgruppen statt. Um die Einnahmeverluste auszugleichen, bedient sich der Staat der unteren Einkommensschichten – meist über verschiedene Verbrauchssteuern.

⁴ Ausführlichere Überblicke liefern: Maria Mies, Naomi Klein und Emma Bircham/John Charlton.

⁵ Die Zapatisten sind hier stellvertretend für die verschiedenen sozialen Bewegungen genannt, die sich hinsichtlich Tradition, Zielen und Organisationsform mitunter stark unterscheiden können.

⁶ Der Reallohn fiel vor allem für die "manual workers". Zum Dienstleistungssektor werden jedoch sowohl das Putzpersonal als auch die Broker einer Investmentbank gezählt. Deshalb sind hier die Zahlen auf den ersten Blick manchmal nicht eindeutig.

⁷ D.h. aber noch nicht, dass dieser Widersprüche in der Bewegung grundsätzlich geklärt sind. Es gibt noch eine Reihe ungeklärter Fragen, wie etwa die Diskussion um die Verankerung von Arbeitsstandards in der WTO. Diese können aber nicht im Rahmen dieses Aufsatzes diskutiert werden.

⁸ Eine detaillierte Analyse über die Kämpfe auf der ganzen Welt findet sich in Emma Bircham/ John Charlton.

⁹ Eine ausführlichere Analyse der Verschuldung Argentiniens bietet Ann Pettifors Aufsatz in diesem Buch. Die Geschichte und die Revolte wird ausführlich behandelt in *Le Monde Diplomatique*, Februar 2002 und *Sand im Getriebe*, 25. März 2002. Lesenswert ist auch der Aufsatz von Chris Harman im *International Socialism Journal*, Spring 2002.

¹⁰ Zu dem Zeitpunkt, als dieser Artikel geschrieben wurde, lag die offizielle Arbeitslosenquote bei 22 % und die Preise waren um 30 % gestiegen.